



Niederschrift

**über die 15. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses (nur Haushaltsberatung)
am 10.11.2025**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 8 Beratung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026
- 9 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Grabner, Vorsitzender, eröffnete und leitete die 14. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Grabner stellte fest, dass keine Einsprüche zur ordnungsgemäßen Ladung vorlagen. Zu Beginn der Sitzung waren 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Kreis- und Finanzausschuss war somit beschlussfähig.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge.
Die Tagesordnung wurde einstimmig, mit 9 bestätigt.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Gästen.

Punkt 5. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

Herr Grabner gab bekannt, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses am 30.10.2025 folgende Beschlüsse gefasst wurden:

Beschluss-Nr.: 045-14/2025
Citrix HMC Lizenzverlängerung

B e s c h l u s s:

Die Zustimmung zur Auftragserteilung auf das Angebot der Firma Axians hamcos GmbH, Marie-Curie-Str. 16, 72488 Sigmaringen zu einer Bruttoangebotssumme in Höhe von 449.305,92 EUR wird erteilt.

Beschluss-Nr.: 046-14/2025
OK.Verkehr Fahrzeugzulassung – Nachfolge-Fachverfahren für IKOL

B e s c h l u s s:

Die Zustimmung zur Auftragserteilung auf das Gesamtangebot der kommtIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH, Peter-Hubbertz-Str. 7, 51063 Köln vom 30.09.2025 zu einer Bruttoangebotssumme in Höhe von 379.788,18 EUR wird erteilt.

Beschluss-Nr.: 047-14/2025
Personalangelegenheit

B e s c h l u s s:

Der Kreis- und Finanzausschuss beschließt mit Wirkung vom **01.12.2025** die Ernennung von Frau Kreisamtsrätin **Anke Adam** zur Kreisverwaltungsrätin.

Punkt 6. Informationen der Verwaltung

Es gab keine Informationen der Verwaltung.

Punkt 7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Die nächste Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses findet am 12.11.2025, 17.00 Uhr im Kreistagssitzungssaal statt.

Punkt 8. Beratung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026

Herr Grabner wies darauf hin, dass es bei einigen Budgets erhebliche Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit gegenüber den Vorjahren geben wird. Der Haushalt wird entsprechend des Kennzahlensystems des Landes noch einmal ein Stück angepasst.

Budget 01 – Landrat (Seite 74 bis 143)

Herr Pesth gekommen = 10 stimmberechtigte Mitglieder.

Änderungen:

- Fachbereich 07 komplett aufgelöst in andere Fachbereiche
- Wegfall der Fachbereichsleiterstelle sowie weitere Stellen
- Bereich Landrat -> Stelle des Fahrers wird zukünftig mit KW-Vermerk versehen sein, Stelle wird nach Ausscheiden nicht neu besetzt
- 1 Presse-Stelle wird nicht neu besetzt
- mehrere Unterbudgets gehören zum Bereich Landrat

Herr Grabner wies darauf hin, dass einige Budgets, die im Bereich Landrat geplant wurden, noch einmal umstrukturiert bzw. anderen Budgets zugeordnet werden.

- marginale Veränderungen im Bereich
- Fördermaßnahmen mit Einnahmen von 983.200 Euro (Fördermaßnahmen mit 90, 95 als auch 80 Prozent) sind bei den einzelnen Budgets als Produkt angesiedelt

Frau Scheffler erläuterte umfangreich das Budget des Fachbereiches Bereich Landrat und stand für Anfragen zur Verfügung.

Budget 52 – Stabsstelle strategische Sozialplanung/Entwicklung und Vernetzung zum Kindeswohl

Herr Rutsch machte folgende Ausführungen:

- Erheblicher Anstieg der Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer, ansonsten keine nennenswerten Änderungen zu 2025
- Sozialplanung -> Zuweisung aus Bund für den Bildungsmanager fallen weg
- Mehrere Produktblätter sind dem FB 51 zuzuordnen
- Jugendhilfeplanung -> gibt keine erheblichen Änderungen

Frau Zoschke äußerte, dass es im Bereich Kinderschutz in den vergangenen Jahren ein Förderprogramm „Fachberatung Kinderschutz“ gab. Die Summe steht in diesem Jahr auf null. Ist hier kein Förderprogramm mehr existent? Falls ja, besteht die Möglichkeit, dass wieder eins kommt?

Frau Scheffler antwortete, dass diese tatsächlich ausgelaufen sind.

Bei der Sozialplanung stehen bei Dienstreiseaufwendungen u.a. Ausgaben von 54,00 Euro im laufenden Jahr und im Folgejahr 3.700 Euro. Hier sollte man überlegen, 10.000 Euro einzusparen.

Frau Zoschke stellte fest, dass die Aufwendungen für den Beirat für Menschen mit Behinderung (Seite 86 – SK 542101) von 400 Euro auf 200 Euro reduziert wurden. Ist das förderlich für dieses Ehrenamt?

Herr Grabner ging davon aus, dass hier keine Kosten zum Tragen gekommen sind.

Frau Zoschke äußerte, dass die bis dato veranschlagten Mittel für Haltung von Fahrzeugen (Seite 126 – SK 525100) in den einzelnen Bereichen registriert wurden und im aktuellen sehr oft auf null stehen.

Herr Nitsche vermutete, dass nach der letzten Ausschreibung die Anzahl der Dienst-Kfz weniger geworden ist. Möglicherweise wurde hier nichts eingeplant, so dass bei einer anderen Stelle, Nutzung Privat-Pkw, die Kosten nach oben gegangen sein müssten.

Herr Lucas erklärte, dass bei dem Förderprogramm „Frühe Hilfen, Netzwerken“ (Seite 126 – SK 414000) 95.000 Euro an Erträgen eingestellt war. Hierfür muss ein Aufwand gegenüberstehen. Die Kollegen haben Autos mitgenutzt haben, im Wert von 18.125,14 Euro. Es wurde verwendet für psychosoziale Unterstützung von Familien (Seite 127 – SK 533100) Deswegen ist der Ansatz bei der Haltung von Fahrzeugen auf null.

Budget 02 – Dezernatsleitung I (Seite 144 bis 154)

Herr Krüger erläuterte das Budget 02 und stand für Anfragen zur Verfügung. Eine wesentliche Veränderung ist der Anstieg bei den Mitgliedsbeiträgen (Seite 152 – SK 542901). Ansonsten gab es keine Abweichungen oder Änderungen.
Es gab keine Nachfragen.

Budget 03 – Dezernatsleitung II (Seite 155 bis 160)

Herr Grimm erläuterte das Budget 03 und stand für weitere Anfragen zur Verfügung. Das SK 54310.40005, Bücher und Zeitschriften gehören zur Beschwerdestelle und muss korrigiert werden. Die Dienstreiseaufwendungen bei der Beschwerdestelle wurden bereits korrigiert.

Herr Schlegel fragte, warum sich die Personalaufwendungen (Seite 156) um über 200.000 Euro erhöht haben.

Herr Grabner antwortete, dass es sich um die Neuordnung der Stellen handelt, die zuvor woanders budgetiert waren. Der Dezernent, Sekretariat, Datenschutz und psychologische Beratung waren vorher nicht im Dezernat II direkt angesiedelt und gehören jetzt mit zur Dezernatsleitung.

Budget 04 – Dezernatsleitung III (Seite 161 bis 166)

Herr Rößler erläuterte das Budget 04 und stand für Anfragen zur Verfügung.
Es gab keine wesentlichen Veränderungen und Nachfragen.

Budget 14 – Rechnungsprüfung (Seite 237 bis 244)

Herr Müller erläuterte das Budget 14 und stand für Anfragen zur Verfügung.
Es gab keine Nachfragen.

Budget 10 – Interner Service (Seite 188 bis 223)

Herr Nitsche erläuterte umfangreich das Budget 10 und stand für weitere Anfragen zur Verfügung.

Seite 189, Punkt 12, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Herr Elze konnte die Erhöhung nicht nachvollziehen.

Herr Nitsche erklärte, dass sie sich aus verschiedenen Produkten zusammensetzt.

Budget 38 – Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (Seite 349 bis 378)

Herr Donath erläuterte umfangreich das Budget 38 und stand für weitere Anfragen zur Verfügung.

Seite 363 – SK 542900 „Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Frau Zoschke fragte, warum der Planansatz gegenüber 2024 auf 17.000 Euro erhöht wird. Was verbirgt sich dahinter?

Weiterhin bemerkte sie, dass das Land vorgesehen hatte, Tablets an im Landkreis tätige Feuerwehrleute und Einsatzkräfte zu beschaffen. Jetzt hat es sich zurückgezogen.

Herr Grabner äußerte, dass das Land verschlafen hätte, die Mittel rechtzeitig zu beanspruchen und die Tablets auszulösen. Es ist nicht unbedingt Pflicht, die Geräte aus den Rettungsdienstmitteln vorzuhalten. Wir haben uns aber dazu bekannt und statten die Fahrzeuge auch ohne Zutun des Landes aus.

Frau Zoschke stellte fest, dass man neben der Hardware auch die Software kaufen muss. Ein Problem ist die Übermittlung von Totenscheinen. Es wäre gut, wenn man genau dieses Programm auch mit einspeisen könnte.

Herr Donath gab hierauf folgende Antwort. Im IST 2024 lagen die tatsächlichen bei 4.762,64 Euro. Die geplanten Kosten waren höher angesetzt (6.000,00 Euro), da hier zunächst eine weitere Maßnahme enthalten war. Diese war aber nicht für das ganze Jahr geplant, so dass nur die geplanten Monate im HH 2024 aufgenommen wurden (und nicht für das gesamte Jahr).

Bei den 4.762,64 Euro handelt es sich um die Webhosting-Kosten für den Interdisziplinären Versorgungsnachweis (IEVNA) gemäß IVENA-VO des Landes Sachsen-Anhalt. Hiernach ist die Anmeldung der Patienten, welche der Rettungsdienst in die Krankenhäuser transportiert, über die Integrierten Leitstellen zu organisieren. Insofern müssen die Integrierten Leitstellen auch die Möglichkeit haben über die Webanwendung "IVENA" die Anmeldung der Patienten durchzuführen.

Im Jahr 2025 waren höhere Kosten für die IVENA-Anmeldung eingeplant. Hintergrund war die beabsichtigte Beschaffung der "Tablets" für die Digitalisierung des Rettungsdienstes durch das Land Sachsen-Anhalt. Nachdem zwei Ausschreibungen des Landes nicht zum Erfolg führten, sollen nun die Träger des Rettungsdienstes (Landkreise und KfS) die Ausschreibung durchführen. Die "Landes-Tablets" sollten "IVENA-tauglich" sein. Die laufenden Kosten für die Web-Anbindung sollten die Träger des Rettungsdienstes tragen. Folglich wurden laut einem vorliegenden Angebot Kosten in Höhe von 15.000 Euro für insgesamt 30 Rettungsmittel im HH 2025 eingeplant.

Der Ansatz im HH 2026 erhöht sich noch einmal um 2.000 Euro, da aufgrund des Anschlages auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg am 20.12.2024 nun auch die Erweiterung der IVENA-Anwendung für MANV-Ereignisse durch die Träger des Rettungsdienstes durch das Land Sachsen-Anhalt empfohlen wurde (IVENA-MANV-App).

Eine Beschaffung der im HH 2026 eingeplanten Kosten für die Digitalisierung des Rettungsdienstes hängt u.a. von der derzeit im Entwurf vorliegenden Telematik-VO des Landes Sachsen-Anhalt ab. Hiernach sind die gesamten Kosten durch die Gesamtheit der Kostenträger (Krankenkassen) zu 100 % zu refinanzieren, insofern auch die Fernmeldegebühren für die "Tablets" (als Teil des SK 127101.543103).

Es wird umgangssprachlich von "Tablets" gesprochen. Dahinter verbirgt sich aber ein umfangreiches Hard- und Softwarepaket inkl. Schnittstellen zu den unterschiedlichen Krankenhausinformationssystemen (KIS), den Einsatzleitsystemen der Integrierten Leitstellen als auch die Medizinprodukte (Anwendungsgeräte) auf den Rettungsmitteln sowie den Abrechnungssystemen für die Abrechnung der Rettungsdiensteinsätze durch die Leistungserbringer im Rettungsdienst. Ebenso ist die Speicherung der Gesundheitsdaten in einem BSI-zertifiziertem Rechenzentrum inbegriffen.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

Budget 06 – Informationstechnik und Digitalisierung (Seite 167 bis 187)

Herr Rumpf erläuterte umfangreich das Budget 06 und stand für weitere Anfragen zur Verfügung.

Er wies darauf hin, dass man bei den Maßnahmen einen kleinen Fehler entdeckt hatte. Für die IKT-Förderung wurden entsprechende Gelder eingeplant. Hier ist ein Eigenanteil in Höhe von 160.000 Euro zu tragen. Auf Seite 186 (Förderung gem. IKT-RL.) sind die Einzahlungen aus Investitionsbildungen i.H.v. 160.000 Euro abgebildet. Das ist nicht korrekt. Hier müssten

800.000 Euro stehen und bei den Auszahlungen müssten 160.000 Euro stehen. Die Förderungen sind 800.000 Euro und wir müssen einen Eigenanteil i.H.v. 160.000 Euro tragen. In der nächsten Maßnahme steht komplett null, was man sich nicht erklären kann. Der Digitalpakt II wurde eingeplant und man rechnet mit Förderungen i.H.v. von 1,2 Mio. Euro für Schulen und einem 50%igen Eigenanteil, so dass man dort 600.000 Euro Eigenanteil berücksichtigt hat, welcher nicht hier steht.

Herr Maaß stellte fest, dass die fehlenden Zahlen Ausgaben sind, die den Haushalt zusätzlich belasten.

Herr Grabner antwortete, nicht unbedingt. Es wird nochmal eine Erhöhung geben bei dem Part Digitalpakt Schulen. Dort wird es nur eine 50%ige Förderung geben und 600.000 Euro werden eingeplant. Aber bei der Maßnahme 1116044 sind die Zahlen verkehrt. Da hätte man einen Eigenanteil von 160.000 Euro und eine Förderung von 800.000 Euro. Hier erhöht sich die Einnahmeposition und macht unterm Strich plus-minus null.

Frau Zoschke fragte, ob die Schulen dann ausreichend ausgestattet sind.

Herr Grabner erklärte, dass mit dem Digitalpakt Sorge getragen wurde, dass in allen Klassenräumen ein WLAN-Netz besteht, aber jetzt geht es irgendwann an die Hardware-Ausstattung, die mit inbegriffen sein wird.

Herr Rumpf teilte mit, dass Schulserver angeschafft werden. Es gibt Software, wo die Schüler verwaltet werden und die Lehrer entsprechende Ablagemöglichkeiten für die Lernmittel haben. Diese Software wird flächendeckend für alle Schulen ausgerollt, so dass man ein einheitliches System haben.

Herr Grabner informierte, dass außerhalb der Schul-IT geplant ist, mehrere Fachanwendungen umzustellen, weil sie nicht weiter gewartet werden.

Herr Rumpf teilte mit, dass alle 7 Jahre einmal die Technik komplett durchgetauscht wird. Geplant ist, jedes Jahr 250 Geräte auszutauschen, so dass man dadurch in diesem Turnus bleibt und die Mitarbeiter mit 7 Jahren einen relativ neuen Stand der Technik haben.

Budget 11 – Personal (Seite 224 bis 236)

Frau Wähnelt erläuterte umfangreich das Budget 11 und stand für weitere Anfragen zur Verfügung.

Herr Maaß bezog sich auf die Abgänge. Es wurde eine Zahl von 30 genannt und am Ende werden es 80. Gibt es eine Art Ursachenforschung? Liegt es am Lohn oder an der Überlastung?

Weiterhin fragte er nach den Strafzahlungen für unbesetzte Beamtenstellen.

Frau Wähnelt antwortete, dass es sich bei den geplanten Abgängen um die Mitarbeiter handelt, die ganz normal in Pension und Rente gehen, zu dem Zeitpunkt, wenn sie tatsächlich bis zum Ende tätig waren. Dann gibt es eine große Masse über den geplanten, welche vorzeitig in Rente oder Pension gehen, entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten. Hinzu kommen in 2025 Probezeitkündigungen, weil hier die Mitarbeiter die Aufgaben nicht umsetzen können. Man schraubt bereits bei vielen Stellen die Anforderungen weiter runter, als früher, da man es nicht anders umsetzen kann. Weiterhin gibt es Abgänge, wo die Mitarbeiter im Haus keine Möglichkeiten haben, sich zu entwickeln. Der Markt ist groß, um sich schneller für was anderes zu entscheiden. Andererseits gehen die Mitarbeiter von woanders weg und kommen zu uns. Frau Wähnelt hält die Entwicklung auf dem Markt für eine Ursache. Man bekommt in Größenordnungen Mitarbeiter von den Kommunen, weil da ggf. die Bezahlung geringer ist oder die Aufgaben nicht so vielfältig sind. Andererseits verlieren wir Mitarbeiter an obere Behörden, weil die Bezahlung dort ggf. auch besser ist, als bei uns. Weiterhin erklärte sie, dass der Kommunale Versorgungsverband die Beamten finanzieren muss. Wenn Beamtenstellen wegfallen, ist es problematisch, weil sie keinen mehr haben, der das bewirtschaftet.

Herr Krüger ergänzte, dass der FB 11 jedem Mitarbeiter, der gehen will oder geht, das Angebot zur gemeinsamen Gesprächsführung unterbreitet, um die Gründe zu eruieren, woran es liegen kann.

Frau Wähnelt ergänzte, dass sie die Gespräche persönlich führt und es oft auch private Hintergründe gibt, wie Wohnungsnähe und Kinderbetreuung.

Herr Tischmeier fragte, wieviel offene Stellen der Landkreis insgesamt hat. Was würden die Kosten ausmachen, wenn alle Stellen besetzt wären?

Herr Grabner antwortete, dass es sich um etwa 70 bis 80 offene Stellen handelt, die nicht alle zwangsläufig wieder besetzt werden sollen. Es wird jedoch bei jeder der zu besetzenden Stellen geprüft, ob sie zwingend erforderlich sind. Im nächsten Jahr werden ca. 35 VZÄ an Stelleneinsparungen erwirtschaftet, gegenüber dem Stellenplan 2025.

Frau Zoschke fragte, wie es sich mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz verhält. Die Mittel für die betriebliche Gesundheitsförderung werden 2026 reduziert. Hat es einen bestimmten Grund oder wird es nicht angenommen? Weiterhin fragte Frau Zoschke, warum Anträge von Mitarbeitern auf einen höhenverstellbaren Schreibtisch seit Jahren nicht bearbeitet oder nicht beantwortet werden.

Frau Wähnelt erklärte, dass im Jahr 2024 13.355 Euro zur Betrieblichen Gesundheitsförderung verausgabt haben. Es gibt einen Vertrag mit der Barmer, welcher bis Ende 2026 läuft. Dann muss geprüft werden, wie es weitergeht. Wir werden in der großen Masse von der Barmer finanziell unterstützt und versuchen, so viel wie möglich darüber finanzieren zu lassen. Für 2025 steht noch ein Ansatz von 60.000 Euro drin, aber wurde im Rahmen der Konsolidierung bereits auf 40.000 Euro reduziert und ist noch nicht haushaltswirksam geworden. Es wird so viel wie möglich den Mitarbeitern angeboten und auch angenommen. Die Termine sind unverzüglich weg. Aus der Mitarbeiterbefragung wurden diese Maßnahmen entwickelt. In 2026 wird es gemeinsam mit der Barmer fortgeführt und man will möglichst viele Kosten von der Barmer einbeziehen. Ob man in den Folgejahren mit diesen 40.000 Euro umgehen kann, kann noch nicht eingeschätzt werden. Die Maßnahmen während der Arbeitszeit anzubieten wird sehr gut angenommen, muss aber auch irgendwo begrenzt bleiben.

Herr Grabner erklärte, dass man im vergangenen Jahr ursprünglich 100 Euro pro Mitarbeiter umsetzen wollte und bereits auf 50 Euro runterging. Daraus resultierten die 60.000 Euro. Man versuchte, mit der Barmer einen vernünftigen Ansatz zu finden und musste nun auf 40.000 Euro reduzieren.

Derzeitig ist man sukzessive dabei, sämtliche Arbeitsplätze mit höhenverstellbaren Arbeitsplätzen umzurüsten. Sollte jemand ein ärztliches Attest vorlegen, wird es auch innerhalb kurzer Zeit realisiert. Es stimmt definitiv nicht, dass jahrelang nicht reagiert wird.

Frau Zoschke war der Auffassung, dass ein Großteil auch präventiv notwendig ist. Es sollten alle Mitarbeiter mit diesen Schreibtischen ausgestattet werden.

Herr Grabner erklärte, das geht leider nur schrittweise.

Herr Heeg führte aus, es wurde gesagt, dass wir keine Erträge aus interner Leistungsbeurteilung haben. Somit würden sich die Bereiche, die die Kosten mittragen (Jobcenter und Leitstelle), nicht an den Ausbildungen beteiligen der beteiligen müssen.

Frau Wähnelt erklärte, dass sie sich beteiligen. Die internen Verrechnungen sind nur in dem Hauptprodukt ausgewiesen. Sie sind beim Personalmanagement veranschlagt und wurden nicht aufgesplittet.

Herr Elze bemerkte, dass eine flächendeckende Einführung von höhenverstellbaren Schreibtischen auch eine sehr teure Maßnahme sein kann, die nicht wirklich zu einer Verbesserung führt. Das wäre nicht zielführend.

Frau Wähnelt erklärte, dass bei medizinischen Problemen über den Fachbereich unverzüglich ein Tisch besorgt wird. Zuvor erfolgt eine Vorstellung beim Betriebsarzt.

Budget 20 – Kammerei (Seite 245 bis 260)

Herr Lucas erläuterte umfangreich das Budget 20 und stand für weitere Anfragen zur Verfügung.

Herr Heeg stellte einen Jo-Jo-Effekt auf Seite 246, Zeile 25, fest.

Herr Lucas erklärte, dass das Ergebnis 2024 eine Besonderheit aufwirft. Die Dinge sollten produktgenau zugeordnet werden und die pauschale Wertberichtigung wurde auf das jeweilige Produkt zugeordnet, auch mit der Planung. Das hatte im Jahr 2024 den Effekt, dass al-

les Retoure gebucht werden musste. Das lief über das Budget 20 und wurde dann wieder auf die einzelnen Budgets gebucht. Insgesamtes Volumen waren 25 Mio. Euro. Die einzelnen Sprünge hängen mit der Kreisumlage zusammen. Im Jahr 2025 gibt es einen Zuschussbedarf von 3,1 Mio. Euro. Es steigt insgesamt auf 4,8 Mio. Euro. Bei der Kreisumlage wurden im Jahr 2026 die Gerichtskosten eingeplant, die sich zuerst reduzieren und dann wieder steigen.

Budget 90 – Finanzwirtschaft (Seite 914 bis 923)

Herr Lucas erläuterte umfangreich das Budget 90 und stand auch hier für Anfragen zur Verfügung.

Es gab keine Nachfragen.

Punkt 9. **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**

Es gab keine Anfragen und Anregungen.

gez. Grabner
Vorsitzender des Kreis- und Finanzausschusses

gez. Metzner
Protokollantin